

Die Verbreitung rassenhygienischen/eugenischen Gedankengutes in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen in der Weimarer Republik

Paul J. Weindling

**MEDIZIN
HISTORISCHES
JOURNAL**

Medizinhistorisches Journal

Bd. 22, H. 4 (1987), pp. 352-368 (17 pages)

Published by: Franz Steiner Verlag



Die Verbreitung rassenhygienischen/eugenischen Gedankengutes in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen in der Weimarer Republik*

Heutzutage bemerkt man immer häufiger, daß wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt nicht unbedingt mit sozialem Fortschritt gleichgesetzt werden kann. Dieser Glaube war um die Jahrhundertwende in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen weit verbreitet. Einerseits kann man die Eugenik und Rassenhygiene als Produkt einer Art technokratischer, szientistischer und professionalisierender Ideologie bezeichnen; andererseits waren Eugenik und Rassenhygiene mit den weitverbreiteten Strömungen der Lebensreform und des populären Sozialdarwinismus verbunden. Arbeiter z. B. lasen gerne Werke des Biologen und Sozialdarwinisten Ernst Haeckel (1834–1919). Innerhalb sozialistischer Kreise gab es eine zwiespältige Lage: Einerseits waren organische Begriffe weitgehend geläufig; andererseits gab es eine Elite von Ärzten, Sozialwissenschaftlern und Wohlfahrtsexperten, die durch Anwendung biologisch begründeter Medizin und Soziologie gesellschaftliche Probleme zu lösen beabsichtigten.

Die 20er Jahre waren in Deutschland nicht nur Höhepunkt für Demokratie und Sozialpolitik allgemein, sondern auch für eine eugenisch begründete Sozialpolitik.¹ Man versuchte, Probleme der Armut und des sog. asozialen Verhaltens biologistisch unter Kontrolle zu bringen und zu lösen. Ein Konflikt zwischen rassistischen Ideologien und technokratischem Staatsdenken war auch im Dritten Reich vorhanden. Als historiographische Einleitung möchte ich die Auseinandersetzungen kurz ansprechen.

1. Rassistische und biologistische Quellen der NS-Ideologie

Nationalsozialistische Parteiideologen entwickelten die Vorstellung, daß die Geschichte des Rasse-Gedankens eine Symbiose zwischen völkischen Ideologien, z. B. Joseph Artur Comte de Gobineaus (1816–1882) und Lud-

* Vortrag vor der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Nationalsozialismus in Hessen“ der Gesamthochschule Kassel am 20. Juni 1986.

Ich möchte mich für diese Einladung herzlich bedanken; ebenfalls danke ich Alfons Labisch und Florian Tennstedt für ihre Hilfe bei der Vorbereitung des Manuskripts.

¹ P. J. Weindling: Die Preußische Medizinalverwaltung und die „Rassenhygiene“. Anmerkungen zur Gesundheitspolitik der Jahre 1905–1933, Zeitschrift für Sozialreform, Bd. 30 (1984), S. 675–687. G. Lilienthal: Rassenhygiene im Dritten Reich – Krise und Wende, Medizinhistorisches Journal, Bd. 14 (1979), S. 114–134. J. Kroll: Zur Entstehung und Institutionalisierung einer naturwissenschaftlichen und sozialpolitischen Bewegung: Die Entwicklung der Eugenik / Rassenhygiene bis 1933, Diss. Tübingen 1983.

wig Schemanns (1852–1938) arischer Theorie, Hans F. K. Günthers (1891–1968) nordischer Anthropologie sowie einer rassistischen Auffassung von Alfred Ploetzens (1860–1940) Begriff der Rassenhygiene und des Glaubens von Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) an eine eugenisch begründete Menschenzüchtung, sei. Alle wurden als „Vorkämpfer“ eines anti-semitischen und pro-arischen Kampfes der Partei und des Volkes gefeiert. Diese Auffassung ging mit einer volkstümlichen Gesundheits- und Wohlfahrtspolitik der *Nationalsozialistischen Volksfürsorge (NSV)* zusammen.

Es gab aber auch eine entgegengesetzte Auswertung der Geschichte der Eugenik innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung. Diese hing mit der Bestrebung von Medizinern zusammen, Wissenschaft und Sozialpolitik unter die Kontrolle der SS zu bringen. Im Gegensatz zur populistischen Auffassung der Partei ging die Auffassung der SS in eine technokratische, elitäre Richtung. Eine Gruppe von Rassenhygienikern unter Karl Astel (1898–1945) wollte Thüringen zum rassenhygienischen Mustergau umwandeln. Diese Gruppe hat das erste Forschungsprogramm über die Geschichte der Eugenik organisiert. Sie versuchte, die Archive der Pioniere der Eugenik, Alfred Ploetz und Wilhelm Schallmayer (1857–1919), nach Jena zu bringen. Das Archiv des *Ernst-Haeckel-Hauses* diente ebenfalls ihren Zwecken. Unter dem Protektorat des NS-Statthalters in Sachsen, Fritz Sauckel (1884–1946), gründete man eine *Ernst-Haeckel-Gesellschaft* als Ersatz des *Monisten-Bundes*. Im SS-Mannschaftshaus der Universität gab es eine Anzahl Anthropologen und Genetiker. Sie waren der Meinung, daß früher enge Verbindungen zwischen Sozialismus und Rassenhygiene bestanden und daß die Arbeiten Charles Darwins (1809–1882), Haeckels und früher Rassenhygieniker den Nationalsozialismus nicht vorbereitet hatten.

Man könne zwar das natürliche Zuchtwahlprinzip und den Mendelismus in eine „nordisch-deutsche Wissenschaft“ übernehmen, aber man müsse sich vor liberalen, klerikalen und marxistischen Deutungen hüten. Sie waren besorgt um Nicht-Nazi-Varianten des Holismus; sie nannten die organische Staatslehre des Soziologen Othmar Spann (1878–1950) vorwiegend katholisch und zentristisch; ferner kritisierten sie den liberalen Humanismus des vitalistischen Embryologen und Philosophen Hans Driesch (1867–1941).²

Auch im Dritten Reich waren also verschiedene Richtungen innerhalb der Rassenhygiene vorhanden. Zwischen den Rassenhygienikern gab es entsprechende Konflikte, die als Spannungen zwischen Partei und SS zu werten sind. Alfons Labisch und Florian Tennstedt haben diese Konflikte auf der Ebene des öffentlichen Gesundheitsdienstes dargestellt; im Mittelpunkt

steht dabei die Auseinandersetzung zwischen Reichsärztführer Gerhard Wagner (1888–1939) und dem SS-Arzt und Medizinalbeamten Arthur Gütt (1891–1949).³

2. Ideologische und politische Verflechtungen der Rassenhygiene

Die Entstehung der Rassenhygiene kann als eine Kritik volkstümlicher technokratischer Fortschrittsideologien verstanden werden. In den 1890er Jahren kam aber die Drohung nicht von völkisch-nationaler Seite, sondern vom marxistischen Sozialismus. August Bebel (1840–1913) und Karl Kautsky (1854–1938) benutzten als politische bzw. ideologische Führer der deutschen Sozialdemokratie biologische Tatsachen, um die Notwendigkeit des Sozialismus zu beweisen. Sie betrachteten den Darwinismus vorwiegend im politisch-ökonomischen Sinne. Man konnte Darwins Ideen zunächst als Bestandteil einer politisch-wirtschaftlichen Debatte, z. B. über die Erklärungsversuche des Ökonomen Thomas R. Malthus (1766–1834) hinsichtlich des Bevölkerungswachstums, auslegen. Aber um 1890 gab es eine Änderung: Der Darwinismus, der früher mit dem bürgerlichen Begriff von sozialem Fortschritt verknüpft war, wurde nun als objektive Grundlage gesellschaftlicher Prozesse betrachtet. Die biologischen Wissenschaften bekamen eine neue Autorität.⁴

Ideen vom Staat als Organismus traten als Grundlage der Sozialpolitik immer mehr hervor. Kooperative Auffassungen des Organismus statt des Selektionismus wurden betont. Dies hing mit der Suche nach einer objektiven Grundlage sozialer und politischer Konflikte zusammen. Die Anfänge der rassenhygienischen Bewegung sind in diesem Kontext der Sozialpolitik und nicht im Kontext des Antisemitismus zu verstehen. Es gab nach 1890 eine Anzahl von Widerlegungen von Bebels *Frau und der Sozialismus*, z. B. von dem Sozialanthropologen Otto Ammon (1842–1916) oder von dem Biologen Heinrich Ernst Ziegler (1855–1916). 1895 veröffentlichte Ploetz *Die Tüchtigkeit unsrer Rasse und der Schutz der Schwachen. Ein Versuch über Rassenhygiene und ihr Verhältnis zu den humanen Idealen, besonders zum Socialismus*. Ploetz nahm damit eine Mittelstellung ein. Er schrieb über den Standpunkt eines organischen Staatssozialismus Edward Bellamys (1850–1898) sowie über den radikalen Darwinisten Alfred Russel Wallace (1823–1913). Statt einer politisch-ökonomischen Lösung sozialer Probleme schlug er vor, daß rassenhygienisch ausgebildete Mediziner eine

³ A. Labisch / F. Tennstedt: Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934, 2 Bde., Düsseldorf 1985.

⁴ G. Lichtheim: *Marxismus*, 2. Aufl. London 1964, S. 292–294. F. Tennstedt: Arbeiterbewegung und Familiengeschichte bei Eduard Bernstein und Ignaz Zadek. Hilfswissenschaftliche Mitteilungen zu persönlichen Aspekten von Revisionismus und Sozialreform bei deutschen Sozialdemokraten, Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 18 (1982), S. 451–481.

künstliche Auslese unter der Bevölkerung durchführen sollten. Ploetz, Schallmayer und der Psychiater und Rassenhygieniker Ernst Rüdin (1874–1952) waren alle von der szientistischen Auffassung des Schweizer Psychiaters und Ameisenforschers August Forel (1848–1931) beeinflusst. Forel rief zu einer Kampagne gegen den Alkoholismus als Wurzel aller degenerierenden Krankheiten und der Armut schon in den 1880er Jahren auf. Um Forel bildete sich ein Kreis radikaler Medizinstudenten wie Ploetz und Agnes Bluhm (1862–1943) sowie naturalistischer Autoren. Ein Mitglied dieses Kreises, Ferdinand Simon (1860–1912), war Bebels Schwiegersohn und schrieb gelegentlich für *Die Neue Zeit*, das theoretische Organ der SPD. Auch Ploetz traf Bebel einige Male. Andere Mitglieder waren der Anarchist John Henry Mackay (1864–1933) und die Schriftsteller Gerhart Hauptmann (1862–1946) und Frank Wedekind (1864–1918). Man könnte sogar Hauptmanns erstes Theaterstück *Vor Sonnenaufgang* von 1888 als die erste öffentliche Aussage über die Probleme betrachten, die bei der interpretatorischen Anwendung der Biologie auf soziales Handeln entstehen.⁵

Die Wurzeln der Rassenhygiene stammen also aus einer nicht-marxistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Daher kommt die sehr ambivalente Stellung der Rassenhygiene, aber auch ihre Zweckmäßigkeit als eine Art von wissenschaftlich begründeter Kritik. Es lohnt sich daher, zurück zu den frühen Jahren der Rassenhygiene zu gehen, weil eine Anzahl sozialistischer Eugeniker von ähnlichen Gedanken beeinflusst waren. Man könnte einige Beispiele geben: Der Sozialhygieniker Alfred Grotjahn (1869–1931) etwa sagte, daß er stark von naturalistischen Autoren wie Hauptmann und Emile Zola (1840–1902) sowie von der Antialkoholismus-Bewegung beeinflusst worden sei; später wurde er von den Soziologen Gustav Schmoller (1838–1907) und Ferdinand Tönnies (1855–1936) beeinflusst.⁶ Der Berliner Dermatologe Alfred Blaschko (1858–1922) schrieb schon 1890 an den Biologen August Weismann (1834–1914), um ihn über die Vererbung von Krankheiten im Sinne seiner anti-lamarckistischen Keimplasma-Theorie zu befragen. Kurz danach versuchte er, in der *Neuen Zeit* Ammons und Zieglers darwinistische Kritik des Sozialismus zu widerlegen. Blaschko war der Meinung, daß soziale Umstände wie Armut entartend seien. Er war sich aber nicht sicher, ob Maßnahmen gegen diese Degeneration effektiv sein könnten.⁷ Der Berliner Arzt und Sozialist Ignaz Zadek sen. (1858–1931),

⁵ G. Mann: Dekadenz – Degeneration – Untergangsanst im Lichte der Biologie des 19. Jahrhunderts, *Medizinhistorisches Journal*, Bd. 20 (1985), S. 6–35.

⁶ D. Tutzke: Alfred Grotjahns Verhältnis zur Sozialdemokratie, *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung*, Bd. 54 (1960), S. 1183–1187.

⁷ Nachlaß Weismann: Universitätsbibliothek Freiburg/Br., Kopierbuch I, Bl. 765, 10. Mai 1890. A. Blaschko: Natürliche Auslese und Klassenteilung, *Die Neue Zeit*, 1891, S. 615–624. Blaschko: Bemerkungen zur Weismann'schen Theorie, *Die Neue Zeit*, 1894, S. 19–22. F. Tennstedt: Alfred Blaschko – das wissenschaftliche und sozialpoli-

der Gesundheitspolitik als einen Teil der sozialistischen Kommunalpolitik entwickelte, war ebenfalls seit seiner Jugend von der biologischen Sozialkritik stark beeinflusst. Der Dermatologe Ludwig Woltmann (1871–1907), der mit Grotjahn befreundet war, befaßte sich nach einer aktiven Tätigkeit in der SPD als Anhänger des Revisionisten Eduard Bernstein (1850–1932) mit arischen Gedanken. Die weitverbreitete naturalistische Kritik an Otto von Bismarcks (1815–1898) sozialer Ordnung war also zugleich die Grundlage für die Entwicklung einer biologisch begründeten Sozialhygiene.

Auch die Liberalen gingen zunehmend vom Individualismus zum Kollektivismus über. Friedrich Naumanns (1860–1919) Idee einer klassenlosen imperialistischen Gesellschaft imponierte einer Reihe Hygienikern wie Martin Hahn (1865–1934), Alfons Fischer (1873–1936), der – anlehnend an Naumanns Gedanken – den Plan einer Mutterschaftsversicherung entwickelte, und Alfred Grotjahn. Der Charlottenburger Stadtarzt Adolf Gottstein (1857–1941) schrieb gelegentlich für Theodor Barths (1849–1909) linksliberale Zeitung *Die Nation*. Zu dieser Zeit kooperierte Barth mit Naumann, um eine Koalition vom Nationalliberalen Ernst Bassermann (1854–1917) bis zum Sozialisten Bebel zu verwirklichen. Es war möglich, den Staat als biologischen und moralischen Organismus zu betrachten und zugleich Kritiker des Sozialdarwinismus zu sein. Das zeigt der Berliner Biologe Oscar Hertwig (1849–1922) in seinem Buch *Zur Abwehr des politischen, moralischen und sozialen Darwinismus*. Darin betrachtete er den Staat als Organismus im Naumannschen Sinne.⁸

Ab 1900 gab es Versuche, neue kollektivistische Konzepte der Sozialmedizin zu entwickeln. Fast alle waren zumindest zum Teil biologisch begründet. Eine Ausnahme war Ludwig Telekys (1872–1957) Auffassung einer „Sozialmedizin“, die vorwiegend politisch-ökonomisch war.⁹ Sonst konkurrierte Ploetzts Begriff „Rassenhygiene“ mit anderen Auffassungen, z. B. mit Schallmayers Modifikation von „Rassehygiene“. Damit wollte er die Einheit der menschlichen Rasse zeigen und deutlich machen, daß nur die minderwertigen Faktoren auszuschließen seien. Schallmayer erhielt einen Preis, der von Friedrich Alfred Krupp gestiftet worden war.¹⁰ Krupp und

tische Wirken eines menschenfreundlichen Sozialhygienikers im Deutschen Reich, *Zeitschrift für Sozialreform*, Bd. 25 (1979), S. 513–523; 600–613; 646–667.

⁸ K.-D. Thomann: Alfons Fischer (1873–1936) und die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene, Köln 1980. P. J. Weindling: Theories of the Cell State in Imperial Germany, in: C. Webster (Hg.), *Biology, Medicine and Society, 1840–1940*, Cambridge 1981, S. 99–155.

⁹ M. Hubenstorf: Sozialhygiene und industrielle Pathologie im späten Kaiserreich, in: R. Müller et al. (Hg.), *Industrielle Pathologie in historischer Sicht*, Bremen 1985, S. 82–107.

¹⁰ S. Weiss: *Race Hygiene and the Rational Management of National Efficiency: Wilhelm Schallmayer and the Origins of German Eugenics, 1890–1920*, Ph. D. Diss., Johns Hopkins University 1983.

der Biologe Ziegler wollten eine Art „Nationalbiologie“ entwickeln. Andere Bewerber um den Preis waren Heinz Potthoff (1875– ?), ein liberaler Rechtsanwalt und bald auch Reichstagsabgeordneter, und der Soziologe Ferdinand Tönnies (1855–1936).

Diese Idee einer Anwendung der Biologie als Grundlage einer nationalen Koalition und Sozialpolitik war für viele attraktiv. Schallmayer näherte sich Grotjahns Sozialhygiene an, welche die „Fortpflanzungshygiene“ als wichtigen Bestandteil beinhaltete. Der Sozialgynäkologe Max Hirsch (1877–1948) führte den Begriff „Eugenetik“ ein. Der Österreicher Ignaz Kaup (1877–1944), der die völkische Ideologie Georg von Schönerers (1842–1921) und die Sozialmedizin vereinen wollte, entwickelte den Begriff der „Volkshygiene“ als Gegensatz zu Standes- oder Klassenhhygiene und selektiver Rassenhygiene.¹¹

Es ist tatsächlich schwierig, diese Begriffe politisch einzuordnen. Alle diese Konzepte der Sozialmedizin dienten jedoch dem Zweck, ärztliche Tätigkeit und staatliche Aufsicht in Familien und weiten sozialen Bereichen auszuweiten. Vor 1914 war Ploetz stolz auf seine Parteilosigkeit, obgleich er später im Weltkrieg die *Vaterlandspartei* unterstützte. Auch Grotjahn hielt sich zu dieser Zeit von parteipolitischen Bestrebungen fern. Ausgehend von diesen Ursprüngen der Rassen- und Sozialhygiene könnte man sie mit Hermann Lübbes Konzept einer „technokratischen Anti-Politik“ bezeichnen.¹²

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Begriffe der Rassenhygiene politisiert. Die Art der Politisierung entstand nicht aus dem ursprünglichen wissenschaftlichen Konzept, sondern aus den äußeren parteipolitischen und gesellschaftlichen Zuständen. Die Bedeutung von Begriffen wie „Eugenik“ und „Rassenhygiene“ änderte sich zu verschiedenen Zeitpunkten und war von den sie unterstützenden sozialen Interessen geprägt. Aber es gibt einen konstanten beruflichen Faktor: Rassenhygieniker und Sozialhygieniker waren in der Mehrzahl Ärzte und Biologen.

Man muß aber auch sehen, daß Rassenhygiene und Eugenik Verbindungen zur rechtsradikalen rassistischen Bewegung ermöglichten. Jedoch war auf beiden Seiten das Verhältnis ambivalent. Ploetz nahm keine rassistischen Abhandlungen ins *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie*, dessen Herausgeber er war, auf. Er hielt sich auch fern von Schemanns *Gobineau-Verein*. Ploetz verfolgte die Strategie, Rassenhygiene wissenschaftlich annehmbar zu machen. Er gewann tatsächlich eine Reihe namhafter Wissenschaftler für seine Idee. Persönlich war Ploetz antisemitisch. Er organisierte eine geheime nordische Kerngruppe innerhalb der *Münchener Gesellschaft*

¹¹ I. Kaup: Volkshygiene oder selektive Rassenhygiene, Leipzig 1922.

¹² H. Lübbe: Politische Philosophie in Deutschland, München 1974, S. 161.

für Rassenhygiene – genannt *Der Bogen*. Nach dem Krieg gründeten der Rassenhygieniker Fritz Lenz (1887–1983) und Ploetz eine nordische Gesellschaft – den *Widar-Bund*, der auch bevölkerungspolitischen und Wohlfahrtszwecken diente; Ploetz verlor nun das Interesse an der *Gesellschaft für Rassenhygiene*. Der nationalistisch gesinnte Medizinalbeamte Otto Krohne (1868–1928) wurde jetzt Vorsitzender. Damit war ein Wechsel von Ploetzens elitärer Auffassung der Rassenhygiene, die mit dem wilhelminischen Imperialismus zu vergleichen war, zu einer neuen Richtung, einer Art wohlfahrtsorientierter Rassenhygiene, eingetreten.

Die Ambivalenz der Rassenhygiene zum Antisemitismus ist unter Gesichtspunkten der technokratisch-biologistischen Lösungen sozialer Fragen zu verstehen. Es gab eine Anzahl von Rassenhygienikern, die jüdischer Abstammung waren. Ploetz erhielt finanzielle Unterstützung vom Dermatologen Albert Neisser (1855–1916). Wilhelm Weinberg (1862–1937), ein jüdischer Stuttgarter Arzt, organisierte eine rassenshygienische Ortsgruppe; er praktizierte als Kassenarzt und war in seiner Freizeit ein hervorragender Statistiker und Genetiker. Artur Crzellitzer (1871–1945) war ein Berliner Augenarzt und jüdischer Familienforscher. Richard Goldschmidt (1878–1958) war ein konservativer Genetiker, der rassenshygienische Gedanken in der Gesellschaft unterstützte. Sexualforscher wie Magnus Hirschfeld (1868–1935), Iwan Bloch (1872–1922) und Max Hirsch waren zwar keine Rassenshygieniker, aber sie begründeten Reformvorschläge auf biologistischer Basis.

Die sozialistischen Eugeniker Blaschko, Zadek und Benno Chajes (1880–1938) waren alle jüdischer Abstammung. Für sie hing Eugenik mit Problemen der gesellschaftlich bedingten Entartung zusammen. Ähnlich dachten Eugeniker und Sozialdarwinisten, die Möglichkeiten für verbesserte Familienverhältnisse suchten. Die Entstehung des *Bundes für Mutterschutz* ist durch Kontakte zu Woltmanns arischen Ideen zu verstehen; fernerhin wollte Helene Stöcker (1869–1943) mit Sozial- und Rassenshygienikern zusammenarbeiten. Die Verbindung zwischen Eugenik und Antisemitismus stand also nicht im Vordergrund.

3. Die Wende zur Bevölkerungspolitik nach dem 1. Weltkrieg

Was bis 1918 hinter der Bevölkerungspolitik stand, nämlich Stärkung der Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs und die Annahme des Sieges, spielte nach 1918 keine Rolle mehr. Wesentlich intensiviert wurde nun die Beschäftigung mit der stark gesunkenen Geburtenziffer und der Hinterlassenschaft an Kriegsoffern. Aufgrund des Schocks, den Niederlage und Revolution brachten, konnten demographische und medizinische Statistiken so inter-

pretiert werden, daß die deutsche Nation dem Untergang geweiht sei. Der Optimismus offizieller Statistiker der Kriegsjahre, die einen Baby-Boom nach dem Kriege vorausgesagt hatten, schlug in Verzweiflung um: In bevölkerungsstatistischen Untersuchungen wurde das Menetekel eines „Volkes ohne Jugend“ an die Wand gemalt. Medizinalbeamte verdamnten das Handelsembargo und die Friedensbedingungen des Feindes als „ein(en) Ausrottungskrieg gegen die deutsche Rasse“. Die befürchtete Rassenvernichtung führte zu dem Entschluß, die Nation durch positive Eugenik und Rassenbiologie zu retten. Vom biologischen Nationalismus, der während des Krieges entschieden verworfen worden war, wurden maßgebende Richtlinien für eine Sozialpolitik erwartet, die die Nation vor dem Untergang retten sollte.¹³

Jede Phase der Republik wurde durch eine Verstärkung der eugenischen Lobbys und ihrer Theorien begleitet, und zwar sowohl im Reich wie in den Einzelstaaten und in den Gemeinden. Der Vertrag von Versailles wurde als eine demographische Katastrophe verstanden. Zum Beispiel glaubten Medizinalbeamte, daß die Reparationen an Milchkühen und der daraus resultierende Verlust an Milch zu einer unvermeidlich hohen Säuglingssterblichkeit führen würde. Als französische Truppen das Rheinland besetzten, standen die Besorgnis um Volk und Rasse hinter Maßnahmen, die die Gesundheit von Säugling und Kind schützen sollten. Die Eugeniker waren bestürzt über die sogenannten „Rheinlandbastarde“ (Mischlinge) und die Zunahme der Geschlechtskrankheiten. Preußische Statistiken schätzten „Geburtenverluste“ als Folge des Krieges und berechneten, daß das Reich 1914–1919 4 Millionen Neugeborene verloren habe – ein Viertel davon wegen Sterilität, die von Geschlechtskrankheiten herrührte. Jedes Kind wurde mit einem Kapitalwert von 8.330 Mark veranschlagt: So war der Verlust für die „Menschenökonomie“ der Nation erheblich. Die revolutionären Tumulte wurden als das Werk von erblich degenerierten „Psychopathen“ diagnostiziert. Ein Netz von Kliniken wurde eingerichtet, um vermutete erbliche geistige Abnormitäten an der Wurzel zu erfassen. Sozialhygienische Experten wie Grotjahn drängten weiterhin auf eine Kasernierung derjenigen, die sich nicht fortpflanzen sollten; er schätzte, daß ein Drittel der Bevölkerung erblich *minderwertig* sei. Medizinische Theorien, die diese Ansichten erhärteten, wurden in die Pflichtkurse für Ärzte, Krankenschwestern und Fürsorgerrinnen aufgenommen.

Umfassende eugenische Untersuchungen wurden an Tausenden von Familien durchgeführt. Für die Kosten der eugenischen Forschung kamen Unter-

¹³ P. J. Weindling: The Medical Profession, Social Hygiene and the Birth Rate in Germany 1914–1918, in: R. Winter und R. Wall (Hg.): The Upheaval of War: Family, Work and Welfare in Europe 1914–1918, Cambridge 1988.

richts-, Gerichts- und Gesundheitsbehörden auf. Soziale Wohlfahrtsbeihilfen ließen sich auf der Basis von positiv-eugenischen Berechnungen rechtfertigen. Es wurden Versuche unternommen, die Eugenik mit einer demokratischen Gesellschaftsstruktur in Einklang zu bringen. So boten z. B. städtische Kliniken und Ambulatorien eine Beratung in Erbfragen und Ehezeugnisse auf freiwilliger Basis an.

4. *Biologisierung der Sozialpolitik*

In den 20er Jahren gab es eine zunehmende Biologisierung der Sozialpolitik. Ich möchte diesen Prozeß unter folgenden Gesichtspunkten diskutieren: erstens, wie politische Auseinandersetzungen die Biologie beeinflusst haben; zweitens, der Einfluß der Eugenik innerhalb sozialistischer und liberal-bürgerlicher Kreise; drittens, die Rolle der Eugenik in Wohlfahrtsverbänden und in der staatlichen Wohlfahrtspolitik.

4.1 *Sozialpolitik und Biologie*

Einerseits war die wissenschaftliche Objektivität der Biologie eine Grundlage für autoritäre Politik; andererseits gab es innerhalb der Biologie starke politische Auseinandersetzungen zwischen einer kleinen Gruppe sozialistischer Biologen und einer wachsenden Gruppe von national-konservativen Biologen. Beispielhaft waren die Verhältnisse in Jena. Hier gab es eine aktive nationalistische Gruppe unter der Führung des Genetikers Ludwig Plate (1862–1937). Zur Zeit des Kapp-Putsches befand sich Plate in Schutzhaft. Dagegen entwickelte Julius Schaxel (1887–1943) ein sozialistisches Konzept der Biologie. 1922 war Schaxel in der sächsischen Koalitionsregierung der *MSPD* und *USPD* und später *KPD*. Er formulierte eine trotzkistische Psycho-Biologie, die persönliche Wahrnehmungen mit Objektivität verband. Er organisierte eine sozialistische wissenschaftliche Aufklärungsbeziehung, die *Urania*. Der Bezirks-Sekretär der *KPD* war übrigens Walter Ulbricht (1893–1973). Er war von dieser Organisation sehr beeindruckt, und nach dem 2. Weltkrieg wirkte er maßgebend an der Erhaltung des *Haeckel-Hauses* mit. Damit wurde Haeckel vom Vorfahren des Nationalsozialismus zum Vorfahren des sozialistischen Materialismus umgewandelt.

Ein anderes Beispiel solcher politischer Auseinandersetzungen war die Hetze gegen den darwinistischen, aber pazifistischen Professor der Kardiologie Friedrich Nicolai (1874–1964) in Berlin, der überdies Jude war. Führer der nationalistischen Studenten gegen Nicolai war Leonardo Conti (1890–1945), der spätere Reichsgesundheitsführer. Für Otmar von Verschuer (1896–1969), einen Genetiker, dessen Mitarbeiter der SS-Arzt Josef Mengele (1911–1979) wurde, waren seine Kämpfe im Freikorps ein wichti-

ger Lebensabschnitt. Später betrachtete er das Ausmerzen von schlechten Erbfaktoren als Fortführung des Freikorpskampfes mit anderen Mitteln.

Die Biologie befand sich also in einem Spannungsfeld zwischen Politisierung und wissenschaftlicher Wertfreiheit. Beide Faktoren waren wichtig für die Entwicklung einer „biologischen Politik“, wie es der Arzt und Eugeniker Rainer Fetscher (1895–1945) bezeichnete. Die kommenden Generationen und der Einfluß der Degeneration in der Vergangenheit wurden zunehmend betont. Diese Auffassung führte zu einer Beschränkung der persönlichen Freiheiten, indem etwa die Fortpflanzung, das Fortpflanzungsverhalten und das gesamte Gebiet der Sexualität zum Gegenstand von Belehrung und Beratung wurden. Die Macht der Experten wuchs weiter, als von staatlicher Seite neue Lehr- und Forschungsstellen für Genetik und Eugenik geschaffen wurden.

Der katholische Biologe und Wohlfahrtspolitiker Hermann Muckermann (1877–1962) nahm eine vermittelnde Stellung zwischen Eugenik und Wohlfahrtspolitik ein. In Preußen unterstand das *Volkswohlfahrtsministerium* lange Zeit den Zentrumspolitikern Adam Stegerwald (1874–1945) und Heinrich Hirtsiefer (1876–1941). Muckermann organisierte staatliche und kommunale Gelder für das 1927 gegründete *Kaiser Wilhelm Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik*, dessen Direktor der katholische Genetiker Eugen Fischer (1874–1967) wurde.¹⁴

Die Genetiker betonten die sozialpolitische oder wirtschaftliche Relevanz ihrer Arbeiten. Erwin Baur (1875–1933) bekam beispielsweise ein neues *Forschungsinstitut für Pflanzenbiologie*. Baur sah seine Aufgabe darin, neue Arten von Weizen und Getreide für einen eventuellen weiteren Krieg zu entwickeln und setzte sich dafür ein, die Bauern als den gesunden Kern des Volkes zu unterstützen. Massiver wurde der Genetiker Heinrich Poll (1877–1937), der eine Kampagne zur „Aufartung“ (der Gegensatz von Entartung) in einem staatlich unterstützten *Bund für Volksaufartung* führte. Erwin Baur, Eugen Fischer und Fritz Lenz veröffentlichten 1922 einen einflußreichen *Grundriß der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene*. Das Buch betonte, die Aufgaben der Genetik bestünden darin, soziale Probleme als eine Art sozialer Pathologie zu lösen. Lenz verstand sich als Konkurrent zu Grotjahns Auffassung von Sozialhygiene. Die eben genannten Hygieniker wurden staatliche Berater, als die preußischen Medizinalbeamten Gottstein und Krohne 1920 einen *Beirat für Rassenhygiene* ins Leben riefen. Auch die Genetiker Baur, Goldschmidt, Poll und Agnes Bluhm gehörten diesem Beirat an. 1922 wurde dieser Beirat Bestandteil des *Landesge-*

¹⁴ P. J. Weindling: Weimar Eugenics in Social Context; the Founding of the Kaiser Wilhelm Institute for Anthropology, Human Heredity and Eugenics, *Annals of Science*, Bd. 42 (1985), S. 303–318.

sundheitsrates. Hermann Weyl (1866–1925), Arzt und USPD-Politiker, kritisierte diese Organisation, weil sie keine Kommunisten und – mit einer Ausnahme – keine USPD-Mitglieder hatte. In Sachsen gab es einen ähnlichen Gesundheitsrat. Trotz Sachsens Radikalität waren fast alle Mitglieder Mediziner, und manche waren eifrige Rassenhygieniker.

In Bayern entwickelten die Psychiater der *Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie* unter Rüdin (finanziert von dem jüdischen Bankier und Mäzen James Loeb (1867–1933)) Maßnahmen gegen Asoziale, z. B. eine biologische Erb- und Familienkartei, die schon Anfang der 20er Jahre staatliche Unterstützung erhielt. Rainer Fetscher gründete kurz danach eine biologische Familienkartei, gefördert von sächsischen Justizbehörden. Staatliche und kommunale Wohlfahrtseinrichtungen sowie Schulärzte und Fürsorgekliniken arbeiteten auf biologistischen Grundlagen der Vererbungstheorie, die in entsprechende Kategorien auf den Formularen eingetragen wurden. Diese Wohlfahrtsexperten und Sozialmediziner im städtischen Dienst unterstützten eine öffentliche Kampagne für Eugenik als Bestandteil der Bevölkerungspolitik. Eugenische Gedanken waren ebenfalls Bestandteil des Biologieunterrichts in den Schulen. Man versuchte, durch Gesundheitspropaganda ein sogenanntes „eugenisches Gewissen“ in breiten Kreisen der Bevölkerung zu wecken. Das *Deutsche Hygiene Museum* in Dresden, Ausstellungen wie die *Gesolei* (= *Gesundheit, Sport und Leibesübungen*) 1926 in Düsseldorf, die verschiedenen Maßnahmen des *Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung*, wie Filme und Radioansprachen, sogar der deutsche Muttertag, alles diente dazu, Vererbungsregeln zu verbreiten und für die kommenden Generationen Verantwortung zu entwickeln. Die Kampagne richtete sich gegen „individuellen Luxus“ und „Konsum“ ebenso wie gegen „sozialistischen Materialismus“, die als Ursache der sinkenden Geburtenraten verantwortlich gemacht wurden. Die kollektivistisch-organisatorische Gesellschaftsauffassung war Grundlage dieser Bestrebungen.

Sehr umstritten war die Bewegung für Sexualreform. Die staatliche Propaganda kann man auch als eine Art Kampagne gegen radikale feministische und andere sexualpolitische Bewegungen der 20er Jahre betrachten. Trotzdem hatten die Sexualreformer auch biologistische Wurzeln. Die monistischen Ansichten von Forel und Haeckel waren eine Grundlage für die Bestrebungen von Magnus Hirschfeld, Iwan Bloch, Arthur Kronfeld (1886–1941) und des Kommunisten Max Hodann (1894–1946), tolerantere Gesetze und sexuelle Aufklärung einzuführen. Hirschfeld hatte eine elitäre Reformstrategie – er wollte führende Ärzte, Rechtsanwälte und Wissenschaftler für seine Reformpläne gewinnen. Die Verhandlungen der *Berliner ärztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Eugenik* zeugen davon, daß unter liberalen und sozialistischen Ärzten (z. B. Max Hirsch, Georg Lö-

wenstein (geb. 1890) und Kronfeld) biologische Prämissen über vererbte Konstitution weit verbreitet waren. Man kann solche biologischen Ideen auch in Kreisen der sozialistischen Sexualforscher wie Hodann oder Helene Stöcker vom *Bund für Mutterschutz* erkennen. Sie kritisierten Eugeniker wie Grotjahn heftig. Biologisches Denken war verbreiteter als eugenisches. Eugeniker traten in fast allen Schattierungen des Weimarer Sozialismus auf. Man kann aber nicht einige vereinzelte und verstreute Eugeniker verallgemeinern und von ihnen auf eine eugenisch gesinnte Parteipolitik schließen. Vielmehr war die Eugenik äußerst umstritten in sozialistischen Kreisen. Besonders heftig war die Auseinandersetzung über Bevölkerungspolitik und die Freigabe von Abtreibung, Sterilisation und anderen Arten der Geburtenprävention.¹⁵

4.2 Der Einfluß der Eugenik innerhalb sozialistischer und liberal-bürgerlicher Kreise

Die Gesundheitspolitik der Rätebewegung ist – soviel ich weiß – nicht ausreichend erforscht. Man könnte eine demokratisch gesinnte Auffassung der Gesundheitspolitik erwarten. Die *Soldaten- und Arbeiterräte* waren in erster Linie mit den Problemen von Wohnung und Nahrung befaßt. Es gibt aber einige Hinweise, daß man auch gesundheitspolitische Experimente unternahm. Der Arzt Heinrich Stoffels (1877 (?) – ? (nach 1938)) hatte beispielsweise – zumindest theoretisch – reichsweite Macht als Gesundheitskommissar. Der Sexualforscher Arthur Kronfeld war aktiv in der *Freiburger Solidarität*. Friedrich Wolf (1888–1953), Arzt, Autor und Kämpfer in der *Roten Ruhr Armee*, entwickelte ein demokratisches Konzept der Gesundheitspflege unter Gesichtspunkten der Naturheillehre. Im Gegensatz dazu war Benno Chajes – der Schwiegersohn Eduard Bernsteins – Anhänger eines autoritären Konzepts der Gesundheitspflege. Als Beauftragter der *Brandenburgischen Arbeiter und Soldatenräte* befürwortete er im Rahmen der Geschlechtskrankheiten-Bekämpfung die Kasernierung.

Viele Mitglieder der *USPD* und *KPD* lobten das Wohlfahrtssystem der Sowjetunion wegen einer kostenlosen staatlichen Gesundheitspflege, der Abtreibung als Recht der Frau (das war allerdings später wieder aufgehoben worden) und der Entkriminalisierung der Homosexualität. Es gab aber auch eine sowjetische eugenische Bewegung, unterstützt von Nikolai Semaschko (1874–1949), dem Gesundheitskommissar. Eugenisch gesinnte Ärzte in der *USPD* waren Ignaz Zadek und Julius Moses (1868–1942). Beide waren Befürworter einer weitgehenden Sozialisierung und Kommunalisierung des

¹⁵ C. Osborne: *The Christian Churches and the Regulation of Sexuality in Weimar Germany*, in: J. Obelkevitch, L. Roper und R. Samuel (Hg.): *Disciplines of Faith*, London 1987, S. 99–112.

Gesundheitswesens. Das schließt aber keineswegs die Eugenik aus. Zadek war der Auffassung, daß die Kommune als Familie für die Verbesserung der psychischen und psychologischen Kapazität sorgen müßte. Moses verbündete sich 1919 mit Grotjahn und dem Sexualforscher Magnus Hirschfeld, um für die Einrichtung eines Gesundheitsministeriums mit einem Arzt an der Spitze zu plädieren. Als Vorbild diente das österreichische *Staatsamt für Volksgesundheit*, damals noch unter der Leitung des Rassenhygienikers Ignaz Kaup. Eine Aufgabe des neuen Ministeriums sollte die Bevölkerungspolitik sein.¹⁶

Wegen des zunehmenden Radikalismus der *USPD* trat Grotjahn im Herbst 1919 der *MSPD* bei. Alfons Labisch hat beschrieben, wie wichtig Grotjahns Konzept einer Fortpflanzungshygiene für seine sozialhygienischen Pläne war. Grotjahn erwähnt aus taktisch-politischen Gründen den Terminus „Eugenik“ nicht. Andere, wie die Hamburger Ärzte Andreas Knack (1886–1956) und Georg Manes (?), forderten Kliniken für Erbgesundheitspflege und erzieherische Maßnahmen gegen minderwertigen Nachwuchs – und (noch radikalere) Verordnungen zur Geburtenprävention.¹⁷

Obleich Grotjahns gesundheitspolitisches Programm 1922 von der *MSPD* akzeptiert worden war, stand er am rechten Flügel der Partei und betrachtete die Vereinigung mit der *USPD* als einen Fehler. Er zog sich nach 1922 allmählich aus der Partei zurück.

Auch in der *KPD* gab es Verständnis für die Auffassungen der Volkseugenik. Der Arzt Max Levien (?) versuchte, neben der Rassenhygiene als bürgerlicher Wissenschaft eine Volkseugenik als Mittel zu etablieren, um Fortschritt auf der Grundlage der Genetik und Ökologie zu erzielen. Die Unterstützung durch soziale Wohlfahrtsmaßnahmen, wie z. B. Mutter- und Säuglingsschutz, diente der Gesundheitssicherung der kommenden Generation. Auch wurde die Sterilisation unterstützt, Rassismus aber immer abgelehnt.¹⁸

Der kommunistische Fürsorgearzt Georg Benjamin (1895–1942) kritisierte schon 1925 rassenhygienische Projekte wie Unfruchtbarmachung der sogenannten „Minderwertigen“. Als Schlußfolgerung seiner Analyse der Klassenmedizin im bürgerlichen Staat wandte er sich an die werktätigen Massen mit einem Aufruf zur Abwehr der Rassenhygiene: „Nicht Fürsorge für die

¹⁶ D. S. Nadav: Julius Moses und die Politik der Sozialhygiene in Deutschland, Gerlingen 1985.

¹⁷ A. Labisch: Neue Quellen zum gesundheitspolitischen Programm der *MSPD* von 1920/22, Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 16 (1980), S. 231–247.

¹⁸ L. Graham: Science and Values: the Eugenics Movement in Germany and Russia in the 1920's, American Historical Review, Bd. 82 (1977), S. 1133–1164. Ders.: Between Science and Values, New York 1981.

Rassetüchtigen, sondern Fürsorge für das Proletariat und seinen Nachwuchs . . . ". Die KPD wie die SPD hielten aber an einer positivistischen Auffassung der medizinischen Wissenschaft fest. Die Praxis der Wissenschaft – z. B. in proletarischen *Gesundheitshäusern* – war sozialistisch, aber die Wissenschaft an sich folgte den geltenden Kriterien naturwissenschaftlich-positivistisch orientierter Medizin. Dadurch entstand die Möglichkeit, Vererbungstheorien und eugenische Praxis auch innerhalb sozialistischer und kommunistischer Politik zu entwickeln.

4.3 Eugenik in den Wohlfahrtsverbänden und Wohlfahrtspolitik

Wohlfahrtsverbände waren Vermittlungsinstanzen zwischen staatlicher Politik und der Bevölkerung. Hier verschmolzen verschiedene politische Auffassungen von Ärzten und Wohlfahrtsexperten.

Georg Löwenstein z. B. war Sekretär der *Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*. Er arbeitete zusammen mit Eugenikern wie Mukkermann und mit dem in Preußen staatlich unterstützten *Bund für Volksaufartung*. Er befürwortete auch ausschließende Maßnahmen wie z. B. ein Bewahrungsgesetz für Prostituierte sowie für jugendliche Verwahrloste.¹⁹

Sehr einflußreich war der *Bund der Kinderreichen*. Eugeniker spielten hier eine wichtige Rolle. Der Grotjahn-Schüler Hans Harmsen (* 1899) leitete eine *Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung*.²⁰ Grotjahn vermittelte Kontakte mit den staatlichen Behörden. Weitere beteiligte Eugeniker waren der Physiologe Emil Abderhalden (1877–1950), Fetscher, der nationalistisch gesinnte Hygieniker Philalethes Kuhn (1870–1937), der damalige Kreisarzt Gütt, der Ministerialbeamte Krohne sowie der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer (1890–1967). Kommunale Beispiele sind die Hygieniker Hermann Tjaden (1861–1952) in Bremen oder Wilhelm von Drigalski (1871–1950) in Halle und später in Berlin. In Preußen wurde der Charlottenburger Stadtarzt Gottstein 1919 Ministerialdirektor; er unterstützte Maßnahmen wie Ehegesundheitszeugnisse. Gottstein kannte man als Vertreter einer gemäßigten eugenischen Richtung. Er war allerdings besorgt über eine biologistische Auffassung sozialer Probleme. In dieser Hinsicht war es der Fehler aller Parteien, daß sie eine berufliche Autonomie unterstützten. Medizinalbeamte und Kreisärzte bildeten eine fast autonome Hierarchie. Aber auch im kommunalen Gesundheitswesen bildeten sozialisti-

¹⁹ S. Leibfried, F. Tennstedt (Hg.): *Kommunale Gesundheitsfürsorge und sozialistische Ärztopolitik zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus – autobiographische, biographische und gesundheitspolitische Anmerkungen von Dr. Georg Löwenstein*, 2. Aufl., Bremen 1980; E. Hansen, M. Heisig, S. Leibfried, F. Tennstedt (Hg.): *Seit über einem Jahrhundert . . . Verschlüttete Alternativen in der Sozialpolitik*, Köln 1981.

²⁰ K. H. Roth (Hg.): *Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“*, Berlin 1984.

sche Maßnahmen wie *Ambulatorien* und *Gesundheitshäuser* eine professionelle Grundlage für eugenisch gesinnte Familienfürsorge. Ein Beispiel ist das *Gesundheitshaus* in Kreuzberg. Der Bürgermeister Martin Kahle (1887–1925) unterstützte es vorwiegend aus bevölkerungspolitischen Gründen. Die *Ambulatorien* boten auch die Möglichkeit, die Eugenik im Rahmen der Ehegesundheitsberatung zu realisieren.

Wie schon erwähnt, gab es unter den sozialistischen Biologen einige, die eugenische Schlüsse zogen. Der österreichische Sozialist Paul Kammerer (1880–1926) war Lamarckianer. Er plädierte für eine positive Volkseugenik. Der Wiener Anatom und Sozialist Julius Tandler (1869–1936) organisierte mit dem Arzt Karl Kautsky jun. (1892–1978) die erste öffentliche Eheberatungsstelle, die mustergültig für Deutschland war. Tandler glaubte, daß, obgleich es nur begrenzt Möglichkeiten gäbe, die *condition humaine* zu verbessern, die vererbte Konstitution veränderlich sei.²¹

Sozialistische Ärzte wie Alfred Korach (1893–1979) in Prenzlauer Berg (Berlin) führten ebenfalls öffentliche Eheberatungsstellen ein. Im sozialistischen Sachsen wurden die von Rainer Fetscher organisierten Maßnahmen gefördert. 1924 kooperierte der Hallenser Stadthygieniker Drigalski mit dem Rassenhygieniker Eugen Fischer, um Eheberatungsstellen einzuführen. Auf staatlicher Ebene sprach sich der national gesinnte Beamte Krohne für eine Einrichtung solcher Stellen aus, um Vertreter der Frauenbewegung sowie Sozialdemokraten auszuschließen. Er bekam die Unterstützung Korachs, Grotjahns, Polls, Fetschers und Kautskys, d. h. der mehr sozialhygienisch orientierten Ärzte im *Verein für öffentliche Eheberatungsstellen*.

In der Tat war die SPD in Fragen der Bevölkerungspolitik gespalten. 1926 lud man Grotjahn zur bevölkerungspolitischen Tagung der *Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen der Arbeiterwohlfaht* nicht ein. Der Standpunkt dieser Organisation in der sog. „sexualpolitischen Sphäre“ war zu radikal. Das führte dazu, daß die sozialistischen Ärzte Hilfe von der konservativen Seite bekamen, während die radikale Linke ihre Politik nicht billigte. Das sieht man z. B. am Vorschlag Julius Moses', eine Reichsgesundheitswoche durchzuführen: Die Kommunisten lehnten sie ab, die DNVP begrüßte dagegen den Vorschlag. Medizinalbeamte und Sozialhygieniker wie Harmsen akzeptierten die Woche im bevölkerungspolitischen Sinne.

Damit wurden radikal gemeinte Vorschläge unerwartet und unerwünscht von konservativen Politikern unterstützt. Ein weiteres Beispiel war die Förderung von rassenhygienischer Abtreibung und Sterilisierung. Sozialistische Ärzte wie Chajes, Hirsch und Karl F. Scheumann (?) wollten nicht nur rassenhygienische Maßnahmen, sondern auch Abtreibung und Sterilisie-

²¹ K. Sablik: Julius Tandler, Mediziner und Sozialreformer, Wien 1983.

rung aus sozialer Indikation – allerdings nur auf Anweisung der Ärzte. Damit gab es keine eindeutige Opposition gegen die Sterilisierungsvorschläge der Regierung am Anfang der 30er Jahre. Käte Frankenthal (1889–1976), die sozialistische Ärztin, bedauerte auch den radikalen Kampf gegen das bestehende Abtreibungsgesetz als irreführend, da damit nur die Ziele der NSDAP zum Aufstieg verfolgt würden. Sozialistische Ärzte bekämpften meistens den antisemitischen Rassismus, nicht die Rassenhygiene.²²

5. Eugenik und Sozialismus: Vergleich einer Bewertung

Das Verhältnis von Eugenik und Sozialismus ist also recht kompliziert. Man muß mehrere Ebenen differenzieren. Z. B. unterscheidet sich die persönliche Bezeichnung als „Sozialist“ im Sinne einer staatlich unterstützten Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik (z. B. Schallmayer) vom Glauben an radikale sozialpolitische und ökonomische Maßnahmen. Es gibt wichtige Unterschiede zwischen Forderungen einiger sozialistischer Ärzte, parteipolitischen Programmen und der aktuellen Politik. In diesem Sinne gab es nur eine Expertengruppe sozialistischer Eugeniker, und diese waren unterschiedlicher Meinung.

Die Struktur der Verwaltung und die Auffassungen der Parteien bezüglich einer professionalisierten Gesundheitspolitik haben die Entwicklung der Eugenik erleichtert. Die hohe Bewertung solcher Experten war gefährlich. Auch die unzulänglichen Geldmittel des Sozialstaats konnten die Rassenhygiene nicht legitimieren: Statt gleicher Verteilung von Wohlfahrtsmitteln betonte man qualitative Selektion für Bevölkerungsgruppen von hohem sozialem Wert. Man argumentierte auch für den Abbau des Sozialstaats und für freie Bahn für eine natürliche Selektion als Grundlage einer gesunden Gesellschaft.

Obwohl Sozialisten entgegengesetzte Meinungen über Eugenik hatten, fehlte es an einer weitergehenden Kritik der Eugenik. Meist wurde nur die Frage einer selektiven gegenüber Volkseugenik diskutiert. Oder man bemerkte, daß die Eugenik noch nicht wissenschaftlich begründet war; man hoffte aber auf einen Durchbruch in der Wissenschaft. Es gab zwar Kritik am Antisemitismus, aber man übersah andere Aspekte wie z. B. die Menschenrechte der sogenannten Asozialen.

Die UdSSR wandte sich erst am Ende der 20er Jahre gegen die Eugenik. Es bestanden aber weiterhin Einrichtungen wie das *Deutsch-Sowjetische Institut für Rassenforschungen* in Moskau (bis 1934).²³

²² K. Frankenthal: *Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin*, Frankfurt 1981.
G. Bock: *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus*, Opladen 1986.

²³ P. J. Weindling: *German-Soviet Cooperation in Science; the Case of the Laboratory for Racial Research, 1931–1938*, *Annali di Storia della Scienza*, Bd. 1 (1986), fasc. 2, S. 103–109.

Auch demokratische Länder wie England hatten im Laufe der 30er Jahre eine Art sozialistischer Eugenik, z. B. mit J. B. S. Haldane (1892–1965) oder eine sozialwissenschaftlich begründete Art der Eugenik mit Richard Titmuss (1907–1973).²⁴ Nur die nazistische Auffassung von Eugenik, nicht Eugenik an sich, wurde kritisiert.

Andererseits gab es auch entgegengesetzte politische Entwicklungen in anderen Ländern. Die britische *Labour Party*, unterstützt von Gewerkschaften und besorgt um ihre katholischen irischen Wähler, blockierte die Einführung eines Sterilisierungsgesetzes. Dagegen waren in Deutschland die Meinungen bei Zentrums- und SPD-Politikern gespalten. Das *Zentrum* wehrte sich zu spät gegen die Eugenik, und Muckermann blieb weiterhin mit den Zentrumspolitikern verbunden. Auch evangelische Organisationen wie die *Innere Mission* begünstigten unter dem maßgeblichen Einfluß Harmsens die Eugenik.

Daraus möchte ich den Schluß ziehen, daß man die Eugenik sowie damit zusammenhängende Professionalisierungsprozesse nicht getrennt von der Entwicklung im politischen Umfeld betrachten kann. Mit dem Übergang zum Dritten Reich traten ganz neue Formen der Eugenik und Rassenhygiene hervor. Die Eugenik der Weimarer Zeit ist als ein eigenartiger Komplex politischer und sozialer Umstände zu betrachten.

*Anschrift des Verfassers: Paul J. Weindling, Ph. D., M. Sc., M. A.
Wellcome Unit for the History of Medicine
45–47, Banbury Road
GB-Oxford OX2 6PE*

²⁴ D. Paul: *Eugenics and the Left*, *Journal for the History of Ideas*, Bd. 45 (1984), S. 567–590. D. J. Kevles: *In the Name of Eugenics. Genetics and the Uses of Human Heredity*, Harmondsworth 1986.